Bulletin
Nr. 2, Juni 2025

Solidarité sans frontières

SEITE 4 – 5
GEAS-Reform
Nationalrat vor Weichenstellung beim EU-Asylpakt

SEITE 6
Stop Dublin Greece
Neue Schweizer Ausschaffungspraxis

SEITEN 7 – 11
Dossier: Debatten zur Migrationspolitik
Das Schweizer Parlament: perfekt demokratisch?

sosf.ch

Editorial

Von Editorial zu Editorial dieses Bulletins scheint sich die Lage der Welt zu verschlechtern. Der Vormarsch der reaktionären und extremen Kräfte beschleunigt sich rasant. Wir erleben eine regelrechte Eskalation der Angriffe auf die Grundrechte.

Und mehr denn je ist die Migrationsfrage von entscheidender Bedeutung für den Kampf gegen die extreme Rechte und den Aufstieg des Faschismus, den sie zunehmend ermöglicht. Es ist mehr denn je ein Kampf, der an allen Fronten geführt werden muss.

Es ist wichtig, weder den Sirenen des Anti-«Wokismus» nachzugeben, der intellektuelle Komplexität verhindert, indem er alle progressiven Überlegungen oder Initiativen ablehnt. Es ist auch wichtig, nicht dem Gedanken nachzugeben, dass das «Politische» ein spezifischer Bereich des gesellschaftlichen Lebens ist, der getrennt betrachtet werden muss und nicht alle unsere täglichen Praktiken durchdringt.

In einer Welt, die sich immer stärker in Richtung neuer Autoritarismen bewegt, weil wir von Machtverhältnissen durchdrungen sind, die wir nicht in Frage stellen wollen, ist es dringend und absolut notwendig, alles an einem der grundlegenden Werte unserer modernen Gesellschaften zu messen: gleichen Rechten für alle Menschen.

In die Räume, in denen diese Gleichheit nicht respektiert oder praktiziert wird, müssen wir vordringen, um genau hinzuschauen, zu berichten und zu handeln. Wir müssen dies auf allen möglichen Ebenen tun: in der institutionellen Politik, in den Medien, im Recht, in der Zivilgesellschaft, aber auch in Kunst und Kultur.

Genau das ist es, was wir Ihnen auch in dieser neuen Ausgabe des Bulletins bieten. Auf Seite 3, aber auch im Porträt auf Seite 15 und mit den Bildern dieser Ausgabe stellen wir den Film «The Landscape and the Fury» vor, der die Realität an der bosnisch-kroatischen Grenze zeigt. Auf den Seiten 4 und 5 berichten wir über die neuesten Entwicklungen bei der Übernahme des EU-Asylpakts durch die Schweiz. Auf Seite 6 stellt das Pangea-Kollektiv seinen Kampf gegen Schweizer Dublin-Rückführung nach Griechenland vor, und auf Seite 13 finden Sie ausnahmsweise einmal ökonomische Argumente gegen die SVP-Initiative zur 10-Millionen-Schweiz. Im Dossier befassen wir uns schliesslich mit dem Rechtsruck des Parlaments und hinterfragen dessen demokratische Legitimität. Gleichzeitig schlagen wir Massnahmen vor, die die mangelnde Repräsentativität des Parlaments erhöhen könnten.

(Sg)

Die Bilder in diesem Bulletin stammen aus dem Film «The Landscape and the Fury» der Regisseurin Nicole Vögele, der am 15. Mai in den Schweizer Kinos angelaufen ist. Auf Seite 3 lesen Sie eine Rezension des Films und auf Seite 15 ein Porträt der Regisseurin. «The Landscape and the Fury» ist für Sosf von besonderer Bedeutung. Die journalistische Arbeit der Regisseurin hat dazu beigetragen, die Pushbacks an der bosnisch-kroatischen Grenze aufzudecken und war einer der Ausgangspunkte für unser Engagement gegen Dublin-Rückführungen nach Kroatien.

The Landscape and the Fury, von Nicole Vögele

Ein immersives Erlebnis

Können Sie sich vorstellen, zweieinhalb Stunden in einem abgedunkelten Raum zu verbringen und Grashalme, Flecken auf dem Asphalt, verbrannte Fotografien, aber auch Kinder in einem Klassenzimmer, Gespräche am Kamin oder Motocross-Fahrzeuge, die durch die Felder rasen, zu betrachten? Sie hätten allen Grund dazu.

Mit seinem körnigen Bild aus 16-Millimeter-Film, einer Tonspur, die fast ausschliesslich von der Aufnahme dessen stammt, was vor Ihren Augen geschieht, und ab und zu einer eindringlichen und abstrakten Musik, ist «The Landscape and the Fury» ein ästhetischer und politischer Erfolg.

Die Kleider, Taschen und Schätze, die wie Müll am Flussufer zurückgelassen werden, stehen für die Entscheidungen, die getroffen, und für die Opfer, die gebracht werden mussten. Um Grenzen undokumentiert zu überqueren, muss man Risiken eingehen und alles, manchmal sogar sein Leben, hinter sich lassen. Manchmal

«Um Grenzen undokumentiert zu überqueren, muss man Risiken eingehen und alles, manchmal sogar sein Leben, hinter sich lassen. Manchmal sind es sogar die Grenzen selbst, die dieses Leben stehlen.»

Ästhetisch, weil alles an diesem Film schön ist. Die 150 Minuten vergehen, ohne dass man es bemerkt. Das Rascheln der Blätter der Bäume, der Nebel, der aus den dunkelblauen Wäldern aufsteigt, aber auch der Müll, der in einem leeren Gebäude, auf einer Lichtung oder am Flussufer auf dem Boden liegt. All das saugt uns in den Film hinein, fasziniert und ruft dazu auf, in Gedanken zu versinken.

Politisch, weil diese Bilder der Landschaften, so erhaben sie auch sein mögen, unsagbare Gewalt zeigen. Diese Gewalt ist bekannt und wird in den Medien thematisiert und diskutiert. Die Gewalt, die sich an den Grenzen Europas abspielt, ist letztlich vielleicht auch eine Landschaft, ein oft unberücksichtigter Hintergrund unserer demokratischen Debatten.

Alles an diesem Film ist schön, und nichts wird auffällig gesagt. Keine Kommentare, sehr wenige Dialoge, nur eine Abfolge von Bildern. Wer die Situation auf der Balkanroute verfolgt, findet alles wieder und versteht, was die Bilder zeigen. sind es sogar die Grenzen selbst, die dieses Leben stehlen. Die Zöllner, die verprügeln und konfiszieren, die vor den Augen der Menschen deren Mobiltelefone zertrümmern, die dann dort im Wald zurückgelassen werden.

Es sind die Mobiltelefone, die zum zentralen Bild in einem der ruhigsten und stärksten Migrationsfilme der letzten Jahre werden. Sie zeigen, ohne es auszusprechen, dass alles da ist, direkt vor unseren Augen, und dass es ausreicht, ein wenig nachzudenken, um einen Sinn darin zu erkennen.

(Sg)

GEAS-Reform

Nationalrat vor Weichenstellung beim EU-Asylpakt

Ende März hat der Bundesrat seine Pläne zur Schweizer Übernahme der EU-Asylreform präsentiert. Im Juni kommt die Vorlage in den Nationalrat – und muss dort dringend nachgebessert werden.

Effizient, krisenresistent, solidarisch: So beschreibt der Bundesrat das reformierte Gemeinsame Europäische Asylsystem (GEAS), das von der Schweiz im Zuge des EU-Migrations- und Asylpakts in Teilen übernommen werden soll.

Ineffizient, krisenanfällig und unsolidarisch: So stellt sich der Pakt aus Sicht von Solidarité sans frontières und zahlreichen anderen Organisationen dar, die sich an der Vernehmlassung zur Übernahme des Pakts beteiligt haben.

Ineffizient, da Schutzsuchende mit grossem Aufwand und unter Zwang in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt werden, ohne dass die Ursachen der sogenannten «Sekundärmigration» reduziert würden.

Krisenanfällig, da die Staaten an den Aussengrenzen weiterhin keine Anreize haben, sich systemkonform zu verhalten und der neue Krisenmechanismus zum Normalzustand zu werden droht.

Unsolidarisch, da es nach wie vor keine gerechte Verteilung von Schutzsuchenden innerhalb Europas geben wird und die Verschärfungen im Dublin-Recht das Recht auf Asyl weiter aushöhlen werden.

Die Darstellung des Pakts durch den Bundesrat ist also irreführend. Zudem verzichtete er in seiner Botschaft für die Schweizer Umsetzung des Pakts auf jegliche Ausgleichsmassnahmen zu den massiven Verschärfungen im europäischen Asylrecht. Kaum ein Verbesserungsvorschlag aus dem Vernehmlassungsverfahren wurde aufgegriffen, sodass die Vorlage im Parlament nun dringend nachgebessert werden muss.

Was folgt auf Dublin?

In der Asyl- und Migrationsmanagement-Verordnung (AMMV), die die bisherige Dublin-Verordnung ersetzen wird, hält die EU am Prinzip der Zuständigkeit des Ersteinreise-Staates fest und weitet diese sogar aus. Auch in Zukunft werden die Mitgliedstaaten an den Aussengrenzen für einen Grossteil der Asylverfahren zuständig sein. Die naheliegende Option, Asylsuchende ihr Zielland selbst auswählen zu lassen oder bestehende Verbindungen, Sprachkenntnisse oder Familienangehörige im Zielland zu berücksichtigen, wurde versäumt. Durch weitere Verschärfungen und neue Sanktionsmöglichkeiten wird sich die Situation von Schutzsuchenden in Europa und der Schweiz zudem weiter verschlechtern.

Für die Schweiz besonders einschneidend ist, dass in Zukunft auch minderjährige Kinder und Jugendliche in EU-Länder ausgeschafft werden können. Zudem kann die Frist, innerhalb derer eine Überstellung vollzogen werden muss, neu auf drei Jahre verlängert werden (zuvor maximal 18 Monate). Auch die Gründe für eine solche Verlängerung der Überstellungsfrist wurden ausgeweitet: Neu reicht z.B. bereits eine Krankheit und damit einhergehende (Flug-)Untauglichkeit aus, um die Frist von sechs auf 36 Monate zu verlängern. Vielen Geflüchteten droht so jahrelange Unsicherheit, Illegalisierung und eine dauerhafte Verweigerung der Prüfung ihrer Schutzbedürftigkeit.

Diese und zahlreiche weitere Änderungen durch die AMMV sind für Asylsuchende fast durchgehend negativ und führen zu erheblichen Nachteilen gegenüber der derzeitigen Situation. Zu behaupten, wie es der Bundesrat tut, die Reform sei für die Schweiz nur technischer Natur und werde die Effizienz des Dublin-Systems steigern, ist irreführend.

> «Ineffizient, krisenanfällig und unsolidarisch: So stellt sich der Pakt aus Sicht von Solidarité sans frontières und zahlreichen anderen Organisationen dar.»

Selbsteintritte? Fehlanzeige

Zudem verzichtet der Bundesrat bewusst auf nationale Massnahmen, die die massiven Verschlechterungen für Asylsuchende hätten abfedern können. Die Asyl- und Migrationsmanagement-Verordnung würde Spielräume bieten, um die Situation von Asylsuchenden zu verbessern (z.B. durch längere Beschwerdefristen und kürzere Inhaftierung). Auch könnte die Schweiz verstärkt Gebrauch von ihrem Selbsteintrittsrecht machen; Asylgesuche also selbst materiell prüfen, obwohl theoretisch ein anderes Land dafür zuständig wäre.

Genau dies haben zahlreiche Organisationen, einschliesslich der SFH und des UNHCR, im Vernehmlassungsverfahren gefordert. Sie verlangten verbindliche Kriterien für Fälle, in denen die Schweiz selbst eine materielle Prüfung der Schutzgesuche vornimmt: z.B. für unbegleitete Minderjährige, in Krankheitsfällen, bei Krisen im Erstaufnahmeland, wenn Verwandte bereits in der Schweiz leben oder wenn absehbar ist, dass Dublin-Überstellungen nicht innerhalb von sechs Monaten durchgeführt werden können.

Der Bundesrat lehnte diese Forderung mit dem fadenscheinigen Argument ab, ein verbindlicher Kriterienkatalog würde es unter Umständen sogar erschweren, konkreten Einzelfällen gerecht zu werden. Es liegt nun an den progressiven und dem Asylrecht verpflichteten Kräften im Parlament, einen solchen Katalog mit Nachdruck einzufordern.

Falsch verstandene Solidarität

Stattdessen erklärte sich der Bundesrat bereit, auf freiwilliger Basis von Jahr zu

Jahr zu prüfen, ob sich die Schweiz am neuen und für die EU-Mitgliedstaaten verbindlichen Solidaritätsmechanismus beteiligt. Mit diesem Mechanismus sollen Asylsuchende aus den Staaten an der EU-Aussengrenze auf andere Mitgliedstaaten verteilt werden – es sei denn, letztere kaufen sich von der Übernahme frei und finanzieren stattdessen weitere Abschottungsmassnahmen.

Zahlreiche Organisationen hatten eine verbindliche und dauerhafte Teilnahme am Solidaritätsmechanismus verlangt, bei der auf Ausgleichszahlungen verzichtet werden sollte und ausschliesslich schutzsuchende Personen selbst übernommen werden sollten. Der Bundesrat sprach sich jedoch gegen eine solche verpflichtende Teilnahme aus und gab auch kein klares Bekenntnis zur Übernahme von Schutzsuchenden ab. So verkommen die EU-Solidaritätsmassnahmen zu einem wohlfeilen Ablasshandel, von dem sich das Parlament nicht blenden lassen sollte.

Subsidiärer Schutz

Der EU-Asylpakt und das durch den Pakt reformierte Gemeinsame Europäische Asylsystem (GEAS) basieren auf der Grundannahme, dass in allen teilnehmenden Staaten dieselben Aufnahme- und Schutzbedingungen vorherrschen. Selbst der Bundesrat betont, dass die Wirksamkeit der Reform von der konsequenten Umsetzung aller Vorschläge abhänge, weshalb er sich auf europäischer Ebene auch dafür einsetzt, dass die Reform als Ganzes wirksam wird.

Neben den durch ihre Schengen- und Dublin-Mitgliedschaft verbindlich zu übernehmenden Verordnungen enthält der Pakt aber auch Rechtsakte, die die Schweiz nicht übernehmen muss. Zu nennen ist hier insbesondere die Qualifikationsverordnung, die die Statusrechte von Personen regelt, die vor Kriegen und allgemeiner Gewalt geflohen sind, aber keine individuelle Verfolgung erlebt haben. Letztere erhalten in der EU den sogenannten «subsidiären Schutz» und sind dadurch in Bezug auf den Zugang zu Arbeit, zu Sozialleistungen und zur Bewegungsfreiheit sowie mit Blick auf ihre Zukunftsperspektiven deutlich bessergestellt als Menschen, die in einer vergleichbaren Situation in der Schweiz nur vorläufig aufgenommen werden.

Im Sinne einer einheitlichen Umsetzung der Reform und um alle Personen mit Schutzbedarf – zu denen offensichtlich auch vorläufig aufgenommene Menschen gehören – gleich zu behandeln, sollte die Schweiz auch die Elemente der GEAS-Reform übernehmen, die die Situation von Geflüchteten in der Schweiz verbessern könnten. Eine Angleichung der Statusrechte von vorläufig Aufgenommenen an die der neuen Qualifikationsverordnung wäre ein wichtiger Kontrapunkt zur durch die Reform drohenden Aushöhlung des Asylrechts.

«Es liegt nun an den progressiven und dem Asylrecht verpflichteten Kräften im Parlament, mit Nachdruck Verbesserungen der Vorlage einzufordern.»

Aber auch diesen Vorschlag hat der Bundesrat abgelehnt. Er entschied sich stattdessen für eine Umsetzung des Migrations- und Asylpakts, die das Recht auf Asyl geringschätzt und nicht zu einer Verbesserung der ohnehin schon prekären Situation von Schutzsuchenden in der Schweiz beitragen wird. Die Spielräume, die der EU-Gesetzgeber lässt, müssen daher nun im Parlament eingefordert werden.

(Sn)

STOP DUBLIN GREECE

Dublin-Griechenland und die Schweizer Ausschaffungspolitik

Seit Mitte 2024 werden im Rahmen der Dublin-Verordnung wieder Rückführungsentscheide nach Griechenland ausgesprochen. Das Kollektiv «Stop Dublin Greece», das sich aus Betroffenen zusammensetzt, macht auf die schweren Menschenrechtsverletzungen aufmerksam, die diese Politik mit sich bringt.

Bisher betrafen Dublin-Ausschaffungen nach Griechenland fast ausschliesslich Personen, die dort internationalen Schutz erhalten haben. Ein Begriff, der bereits überstrapaziert wirkt: Denn Schutzsuchende, die nach Griechenland zurückgeschickt werden, finden dort keinen wirksamen Schutz. Seit Juni 2020 müssen Personen, die in Griechenland als Flüchtlinge anerkannt sind oder einen Status haben, ihre Unterkunft innerhalb von 30 Tagen verlassen. Es gibt für sie keine staatliche Hilfe oder finanzielle Unterstützung. Der Zugang zum Arbeitsmarkt und zum Gesundheitssystem wird durch eine schwerfällige Bürokratie behindert. Unabhängige Berichte, wie die von Amnesty International oder der Istanbuler Online-Zeitung TR724, dokumentieren Fälle von Gewalt, sexuellen Übergriffen und systematischem Missbrauch von Geflüchteten.

> **«Ausschaffungen nach Griechenland sind nicht nur eine administrative Angelegenheit. Sie stellen eine Verletzung der Menschenrechte dar.»**

Die Rechtsprechung des EGMR und die schweizerische Kehrtwende

Im Jahr 2011 urteilte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) im Fall M.S.S. gegen Belgien und Griechenland eindeutig, dass Griechenland kein sicheres Land ist. Im selben Jahr hatte die Schweiz (durch das SEM) die Dublin-Überstellungen nach Griechenland ausgesetzt.

Was sich seitdem geändert hat, sind nicht die Bedingungen, sondern die Vereinbarungen. Im Jahr 2022 unterzeichnete die Schweiz ein Kooperationsabkommen mit Griechenland, das einen Beitrag von 40 Millionen Schweizer Franken für «migrationsbezogene Projekte» im Rahmen der Beiträge der Schweiz an bestimmte EU-Mitgliedstaaten, der sogenannten «Kohäsionsmilliarde», vorsah. Im Jahr 2024 begann die Schweiz erneut, Dublin-Nichteintretensentscheide gegen Griechenland zu erlassen. Dennoch war keine greifbare Verbesserung der Aufnahmebedingungen festzustellen. Erst vor kurzem beschrieb ein Artikel in der REPUBLIK (28.03.25) ausführlich die katastrophale Situation unbegleiteter minderjähriger Jugendlicher in den sogenannten «Safe Areas», die von der Schweiz für 16 Monate mit 4 Millionen Franken finanziert werden.

Outsourcing von Grenzen: eine gezielte Strategie

Wie der Professor für Volkswirtschaftslehre Adam Hanieh betont, verfolgt die Europäische Union eine Strategie der «Externalisierung» der Grenzen: Transitländer wie Griechenland werden gegen Bezahlung zu den neuen Hütern der europäischen Grenzen. Das Abkommen Schweiz-Griechenland folgt dieser Logik und geht auf Kosten der Grundrechte.

Stop Dublin Greece: Eine Mobilisierung für das Recht

Am 9. Februar 2025 organisierte das Kollektiv «Stop Dublin Greece» eine Pressekonferenz in Bern, die vom Pangea-Kollektiv, Migrant Solidarity Network, Solidarité sans frontières, Droit de rester und anderen unterstützt wurde. Die Redner:innen betonten, dass Abschiebungen nach Griechenland gegen Artikel 3 der EMRK verstossen. Im Sinne der transnationalen Solidarität sagten wir: «Nur wenn wir Grenzen überschreiten, können wir diese Politik ändern.»

Fazit: Eine nicht zu rechtfertigende Politik, ein notwendiger Rückschritt

Ausschaffungen nach Griechenland sind nicht nur eine administrative Angelegenheit. Sie stellen eine Verletzung der Menschenrechte dar. Die Entscheidungen des EGMR, die Warnungen von NGOs und die Stimmen der Zivilgesellschaft dürfen nicht ignoriert werden. Die Schweiz muss diese Rückführungen sofort stoppen. Das Recht auf Asyl ist kein Privileg. Es ist ein Grundrecht.

Die Mobilisierung

Das «Stop Dublin Greece»-Kollektiv will nicht aufgeben. Nach der Pressekonferenz und einer Versammlung vor dem SEM wurde im Mai eine Demonstration organisiert. Und es wird weitergehen. Jeder solidarische Mensch ist aufgerufen, sich der Bewegung anzuschliessen.

Özgür Türk
Pangea-Kolektif
www.instagram.com/stopdublingreece
stopdublingreece@gmail.com

Weitere Informationen:
Osama Abdullah, Lukas Häuptli, Lorenz Naegeli: «Lager auf Samos: Haft für Kinder, bezahlt von der Schweiz», REPUBLIK vom 28. März 2025.
DJS, Legal Centre Lesvos, Samos Volunteers: Expert Opinion: No Returns to Greece – Dublin Returnees Face Real Risk of Inhuman or Degrading Treatment.

Dossier: Debatten zur Migrationspolitik

Das Schweizer Parlament: perfekt demokratisch?

Nach den Parlamentswahlen 2023 war zu erwarten, dass der Rechtsruck massiv ausfallen würde. Trotzdem gab es auch kleine Lichtblicke: Die FDP hatte eine Niederlage eingefahren und die SP hatte die an die Grünen verlorenen Sitze zumindest teilweise ausgleichen können. Welche Folgen hat das heute?

Nach den Wahlen von 2023 setzte sich eine neue Dynamik in Gang. Wie die meisten bürgerlichen Rechten in Europa nahm sich die FDP vor, ihre Verluste aufzuholen, indem sie Positionen der SVP übernimmt. Am einfachsten geht das natürlich beim nationalpopulistischen Sündenbockthema Nummer 1, der Migration. Und auch die Mitte, die stets ihre Rolle als Mehrheitsbeschafferin gepflegt hat, neigt immer mehr dazu, sich den Rechten anzunähern, indem sie ihre eigenen Werte über Bord wirft, sobald sie Bevölkerungsteile betreffen, die weder eine Lobby haben noch eine potenzielle Wählerschaft darstellen: die Ausländer:innen.

Diese neue Situation stellt nicht nur eine Gefahr für Migrantinnen und Migranten dar, sondern auch für die Grundrechte aller Menschen. In den letzten sechs ausserordentlichen Sessionen zur Migration, die von der SVP beantragt wurden, ging es unter anderem darum, das Asylrecht für Menschen aus der Türkei abzuschaffen, den Schutz von Gesundheitsdaten aufzugeben und sogar den Grundsatz der Nichtzurückweisung in Frage zu stellen. Die demokratischen Schranken beginnen zu fallen. Und das wirft auch die Frage nach der Legitimität des derzeitigen Parlaments auf. Ist es demokratisch vertretbar, dass so viele grundrechtsfeindliche Massnahmen auf dem Rücken einer Bevölkerung ergriffen werden, die nicht einmal vom Gesetzgeber vertreten wird? Ist es legitim, dass Angriffe auf die Grundrechte von Volksvertreter:innen vorangetrieben werden, die für ihre fremdenfeindliche Agenda und ihr fehlendes Fachwissen in diesem Bereich bekannt sind?

Wir nähern uns der Mitte der Legislaturperiode dieses gewaltsam rechtsgerichteten Parlaments. Ein guter Zeitpunkt, um die Debatte über die Migrationspolitik im Hinblick auf die nächsten Wahlen zu hinterfragen, die einen grossen Einfluss auf den derzeitigen Vormarsch der extremen Rechten haben werden. Will die parlamentarische Linke das Thema weiterhin der Rechten überlassen? Oder wird sie endlich progressive Vorschläge wagen? Ein Argument, das von der parlamentarischen Linken häufig angeführt wird: Wenn ein Vorschlag im Parlament abgelehnt wurde, ist es später sehr schwierig, darauf zurückzukommen. Unsere Analysen der parlamentarischen Vorstösse zeigen jedoch das Gegenteil. Das hartnäckige Beharren der SVP hat sich bisher immer ausgezahlt. Es gibt nicht weniger als sieben Vorlagen, die darauf abzielen, das Recht auf Familienzusammenführung für Personen aus dem Asylbereich zu beschneiden oder sogar abzuschaffen. Und ohne ein sofortiges und koordiniertes Aufbäumen der humanistischen und fortschrittlichen Kräfte ist es nicht ausgeschlossen, dass das Grundrecht auf Familienleben (und andere mit ihm) von einem Parlament abgeschafft werden, das für sich beansprucht, das Parlament einer der besten Demokratien der Welt zu sein.

(Sg)

Das Parlament hinterfragen

Ein Gespräch zwischen Mahtab Aziztaemeh und Balthasar Glättli

Auf Initiative des Flüchtlingsparlaments hat sich eine neue interparlamentarische Gruppe gebildet: «Dialog Flüchtlingssession». Zwei Politiker:innen dieser Gruppe teilen mit uns ihre Gedanken dazu.

Sosf: Mahtab, Du bist Teil des Flüchtlingsparlaments. Wie soll man das andere Parlament nennen?
Mahtab Aziztaemeh: Gute Frage – vielleicht sollten wir es «Mehrheitsparlament» nennen, oder «Parlament der Privilegierten». Denn dort sind viele vertreten, aber nicht alle. Wir bringen mit dem Flüchtlingsparlament neue Stimmen in den demokratischen Raum. Wir sind das «Partizipationsparlament», das neue demokratische Wege geht.

Was frustriert Dich als Betroffene an den Debatten über Asyl und Migration im Parlament? Was gibt Dir Hoffnung?
MA: Was mich frustriert, ist die grundlegende Ungleichheit in diesem System. Wir sind ständig Thema – in den Medien, in politischen Debatten, in Wahlkämpfen. Aber unsere Stimmen fehlen dort fast immer. Es wird über Geflüchtete gesprochen, als wären wir ein Problem, das gelöst werden muss – nicht Menschen mit Rechten, Hoffnungen und Kompetenzen.

Im Parlament dominieren Stimmen, die uns nicht kennen und nicht verstehen wollen. Entscheidungen über unser Leben werden getroffen auf Basis von Statistiken, Sicherheitslogiken und parteipolitischem Kalkül – nicht auf Basis unserer Realität. Unsere Identität wird auf einen Aufenthaltsstatus reduziert. Statt von Würde, Gleichwertigkeit und Teilhabe zu reden, geht es ständig um Kontrolle, Ausschaffung, Angst vor Missbrauch und die angebliche Überlastung des Systems.

Diese Haltung ist nicht nur unfair, sie ist auch gefährlich. Sie spaltet die Gesellschaft, sie untergräbt Vertrauen, sie blockiert Lösungen. Und sie ignoriert das riesige Potenzial, das in geflüchteten Menschen steckt – wenn man uns nur endlich als gleichwertige Mitglieder dieser Gesellschaft behandeln würde.

Obwohl vieles zu Frustration führt, habe ich Hoffnungen. Denn ich sehe, dass wir nicht mehr nur schweigen. Immer mehr Geflüchtete erheben ihre Stimmen, organisieren sich, fordern Rechte ein – nicht als Opfer, sondern als politische Subjekte. Das Flüchtlingsparlament ist ein klares Zeichen dafür: Wir sind da, wir sind

organisiert, wir haben Visionen für eine gerechtere Gesellschaft.

Es gibt Politiker:innen, die zuhören, mitdenken, mit uns arbeiten – auch wenn sie in der Minderheit sind. Es gibt Bewegungen, Organisationen, Menschen aus der Zivilgesellschaft, die Solidarität zeigen und bereit sind, ihre Privilegien zu reflektieren. Solche Allianzen geben mir Kraft.

Auch bei jungen Menschen sehe ich Hoffnung – sie hinterfragen rassistische Strukturen, sie sprechen offen über Ausgrenzung, sie wollen Veränderung. Und ich sehe, wie geflüchtete Menschen sich gegenseitig stärken, einander begleiten, füreinander kämpfen. Diese Solidarität ist kraftvoller als jede Ablehnung.

Meine Hoffnung ist, dass wir nicht mehr nur reagieren, sondern selbst gestalten. Dass wir nicht auf Integration «warten», sondern Gleichberechtigung fordern. Und dass unsere Geschichten, unser Wissen und unsere Widerstandskraft endlich als das anerkannt werden, was sie sind: ein unverzichtbarer Teil dieser Gesellschaft.

Balthasar, was frustriert Dich als linker Politiker an den Debatten über Asyl und Migration im Parlament? Was gibt Dir Hoffnung?

Balthasar Glättli: Am meisten frustriert mich, dass viele Vorstösse über Jahre immer wieder praktisch gleich eingebracht werden von der SVP, ohne Kenntnis der Sache, ohne Respekt vor den Grund- und Menschenrechten. Bloss um Stimmung zu machen. Allerdings macht mir nicht die SVP am meisten Angst – sondern die Tatsache, dass aktuell die FDP und teilweise auch die Mitte nun im Gleichschritt marschieren. Ohne sie hätte die SVP ja keine Mehrheiten. Hoffnung gibt mir, dass in der Bevölkerung auch unsere Standpunkte durchaus wahrgenommen werden, wenn man es wagt, sie prononciert zu vertreten. So sind die ständigen Angriffe von rechts auch eine Chance, für eine andere, menschlichere Politik einzutreten.

Mahtab und Balthasar: Wie könnte man diese Probleme lösen?

BG: Ohne nun in eine Medienschelte zu verfallen, muss ich doch feststellen, dass viele Medienschaffende oft ein kurzes Gedächtnis haben und auch grundlegende Fakten aus dem Migrations- und Flüchtlingsbereich nicht kennen. Konkretes Beispiel: Sowohl die NZZ als auch der Tages-Anzeiger haben eine grosse Story gebracht über einen kriminellen Flüchtling, der trotz Landesverweis in der Schweiz bleiben kann – und dabei den Protest der SVP prominent erwähnt. Ohne meine Intervention wäre niemand darauf gekommen, dass ja genau diese Thematik den Anstoss zur Anti-Menschenrechtsinitiative der SVP gab: Sie wollte Ausschaffungen auch gegen internationales Recht durchsetzen. Und wurde mit zwei Dritteln Neinstimmen klar abgelehnt.

MA: Diese Probleme kann man nur lösen, wenn man den Mut hat, die Perspektive zu wechseln – und die Geflüchteten endlich als Teil der Lösung ansieht. Wir brauchen nicht noch mehr über uns, sondern mit uns. Politische Entscheidungen über Migration und Asyl müssen unter direkter Beteiligung von Menschen mit Fluchterfahrung getroffen werden – auf allen Ebenen.

> «Wir bringen mit dem Flüchtlingsparlament neue Stimmen in den demokratischen Raum. Wir sind das ‹Partizipationsparlament›, das neue demokratische Wege geht.»

Das beginnt damit, dass wir in Kommissionen, Anhörungen und Parlamenten mitreden dürfen – mit Stimmrecht. Wir brauchen verbindliche Strukturen für politische Mitbestimmung. Projekte wie das Flüchtlingsparlament müssen nicht nur geduldet, sondern ernst genommen und gestärkt werden.

Ausserdem müssen rechtliche Hürden wie der F-Status reformiert werden. Menschen, die seit Jahren hier leben, sollen ein sicheres Bleiberecht, Zugang zu Arbeit, Bildung und Mobilität bekommen – ohne ständige Angst vor Rückschaffung. Teilhabe ist kein «Geschenk», sie ist ein Menschenrecht.

Und wir brauchen einen Kulturwandel in der Politik: weg von der Angstlogik, hin zu einer Politik der Gerechtigkeit, die Menschen in den Mittelpunkt stellt – nicht Herkunft oder Pass. Dafür braucht es politische Bildung, antirassistische Sensibilisierung und klare Haltung gegen rechte Hetze.

Am Ende geht es um die Frage: Wollen wir wirklich eine demokratische Gesellschaft für alle – oder nur für einige? Die Antwort liegt nicht in schönen Worten, sondern in konkretem Handeln. Und dafür kämpfen wir.

Wie könnte man die Perspektive von Geflüchteten besser in die Parlamentsdebatten einbringen?

MA: Die Perspektive von Geflüchteten kann nur dann wirklich in die Parlamentsdebatten einfliessen, wenn wir systematisch eingebunden werden – nicht nur symbolisch. Es reicht nicht, uns einmal im Jahr anzuhören oder zu Projekten einzuladen. Unsere Stimmen müssen ein fester Bestandteil der politischen Prozesse sein.

> «Hoffnung gibt mir, dass in der Bevölkerung auch unsere Standpunkte durchaus wahrgenommen werden, wenn man es wagt, sie prononciert zu vertreten.»

Ein wichtiger Schritt in diese Richtung ist die parlamentarische Gruppe des Flüchtlingsparlaments «Dialog Flüchtlingssession». Diese Gruppe kann als Brücke zum nationalen Parlament dienen, indem sie regelmässig in den Dialog tritt, politische Themen aus der Perspektive der Geflüchteten aufbereitet und als echte Gesprächspartnerin in die Entscheidungsfindung einbezogen wird. Es muss eine kontinuierliche Zusammenarbeit geben, bei der Politiker:innen bereit sind, gemeinsam Lösungen zu erarbeiten und unsere Forderungen ernsthaft aufzunehmen.

«Wollen wir wirklich eine demokratische Gesellschaft für alle – oder nur für einige? Die Antwort liegt nicht in schönen Worten, sondern in konkretem Handeln. Und dafür kämpfen wir.»

Ein weiterer Schritt wäre, dass diese parlamentarische Gruppe des Flüchtlingsparlaments nicht nur als «Beratungsgremium» wahrgenommen wird, sondern als gleichwertiger Akteur im politischen Prozess. Unsere Erfahrungen und Perspektiven müssen genauso gewichtet werden wie die der etablierten Parteien.

Zusätzlich braucht es gezielte Förderprogramme, die es Menschen mit Fluchterfahrung ermöglichen, selbst politische Karrieren anzustreben – sei es durch Mentoring, politische Bildung oder rechtliche Erleichterungen beim Zugang zu Ämtern.

Es geht um echte Teilhabe und die Anerkennung, dass wir als gleichwertige Mitglieder dieser Gesellschaft in der Politik vertreten sein müssen.

BG: Die parlamentarische Gruppe «Dialog Flüchtlingssession» will genau dies: Parlamentarier:innen mit der Realität von Flüchtlingen bekanntmachen. Damit diese dann diese Perspektiven auch berücksichtigen können.

Sollten Migrant:innen eine Lobby bilden? Was wäre ihr Hebel?

BG: Meine Empfehlung ist immer, an die grundlegenden Menschenrechte zu appellieren. Der Test, wie eine bestimmte Gesellschaft, hier die Schweiz, es mit den Grundrechten hält, ist immer am Beispiel von besonders stark diskriminierten oder am Rande stehenden Gruppen zu machen.

MA: Ja, Migrant:innen sollten eine Lobby bilden – nicht nur, um ihre Interessen zu vertreten, sondern auch, um als politische Akteur:innen wahrgenommen zu werden. Eine starke Lobby ermöglicht es, die politischen Entscheidungen, die sie betreffen, aktiv mitzugestalten, anstatt nur darauf zu reagieren. Der Hebel einer solchen Lobby würde vor allem in ihrer kollektiven Stimme und politischen Mobilisierung liegen. Durch den Aufbau von politischen Allianzen mit anderen Minderheiten, sozialen Bewegungen und solidarischen Gruppen könnte sie ihre Forderungen kraftvoller durchsetzen und die politische Landschaft beeinflussen.

Darüber hinaus könnte die Lobby öffentliche Aufmerksamkeit erzeugen und so gesellschaftliche und politische Diskussionen verändern, indem sie die Perspektiven von Migrant:innen stärker in den Mittelpunkt rückt. Sie könnte mit Fakten und Daten aufzeigen, welche tatsächlichen Bedürfnisse und Herausforderungen Migrant:innen in der Gesellschaft haben, um die politischen Entscheidungen fundierter und gerechter zu gestalten.

Ein weiterer wichtiger Hebel wäre die Forderung nach besseren rechtlichen Rahmenbedingungen, die den Zugang zu Bürgerrechten, Bildung, Arbeit und gesellschaftlicher Teilhabe für Migrant:innen verbessern und langfristig echte Veränderungen ermöglichen würden.

Was erhofft Ihr Euch von der interparlamentarischen Gruppe «Dialog Flüchtlingssession»? Was befürchtet ihr?

BG: Meine grösste Befürchtung ist, dass die Gruppe nur jene erreicht, welche bereits heute ein offeneres Ohr für die Anliegen von Flüchtlingen haben. Meine Hoffnung ist, dass es gelingt, auch mit Leuten aus der Mitte und den rechten Parteien eine offene Diskussion zu führen.

MA: Ich erhoffe mir von der interparlamentarischen Gruppe «Dialog Flüchtlingssession», dass sie ein echtes Forum für den Austausch zwischen geflüchteten Menschen und den nationalen Parlamentarier:innen schafft. Es wäre ein wichtiger Schritt, unsere Perspektiven direkt in politische Entscheidungen einzubringen und die Zusammenarbeit zu intensivieren. Ich erhoffe mir mehr Gehör und eine stärkere Beteiligung an politischen Prozessen.

Meine Befürchtung ist, dass die parlamentarische Gruppe nur diejenigen erreicht, die bereits unsere Verbündeten sind. Diejenigen, die sich gegen uns stellen oder uns nicht zuhören wollen, werden vermutlich weiterhin aussen vor bleiben. Ohne eine breitere, ernsthafte Teilnahme von all denjenigen, die unsere Perspektiven noch nicht gehört haben oder uns ablehnen, könnte dieser Dialog nur in einem kleinen, abgeschotteten Kreis stattfinden und letztlich wenig Veränderung bewirken. Das würde einen wirklichen Wandel behindern und die Spaltung weiter vertiefen.

Mahtab Aziztaemeh arbeitet für das Flüchtlingsparlament und das National Building Coalition Institute (NCBI)

Balthasar Glättli ist Nationalrat der Grünen und Vorstandsmitglied von Sosf

Neue interparlamentarische Gruppe

Dialog mit der Flüchtlingssession

Eine interparlamentarische Gruppe besteht aus mehreren Parlamentarier:innen verschiedener Parteien, die ein gemeinsames Interesse an einem bestimmten Thema haben. Das öffentlich einsehbare Verzeichnis dieser Gruppen zeigt eine Vielfalt an Themen: Von «Bienen» über «Berufsgruppen in Berggebieten» bis hin zu «Bürgergemeinden und Zünfte» und «Rock/Pop im Bundesrat» ist das Spektrum breit gefächert. Interparlamentarische Gruppen bieten Gelegenheit, um Themen und Standpunkte, die nicht unbedingt direkt von den gewählten Personen vertreten werden, an die Parlamentarier:innen heranzutragen.

Aus diesem Grund hat das Flüchtlingsparlament mit Unterstützung einiger linker Abgeordneter die Gruppe «Dialog mit der Flüchtlingssession» ins Leben gerufen. Den Co-Vorsitz teilen sich Balthasar Glättli (Grüne), Marc Jost (EVP), Tiana Angelina Moser (Grünliberale) und Nina Schläfli (SP). Lesen Sie dazu auch das Doppelinterview auf den Seiten 8–10.

«Es ist höchste Zeit, dass die an einer sinnvollen Migrationspolitik interessierten Politiker:innen erkennen, dass diese ohne die direkt Betroffenen nicht möglich ist.»

Ein erstes Treffen der neuen Gruppe fand während der Frühjahrssession 2025 statt. Die Teilnahme war etwas zurückhaltend, was unter anderem auf die Ersatzwahlen für den Bundesrat zurückzuführen war, die die Tagesordnung der Kammern durcheinandergebracht hatte. Dies hinderte die Parlamentarier:innen jedoch nicht daran, ihre Perspektiven und Vorschläge zum Thema Integration in den Arbeitsmarkt vorzustellen. Sie blieben positiv: Die Gruppe brauche Zeit, um sich zu etablieren. Und ohnehin sei es höchste Zeit, dass die an einer sinnvollen Migrationspolitik interessierten Politiker:innen erkennen, dass diese ohne die direkt Betroffenen nicht möglich sei.

(Sg)

Das Resettlement-Programm des UNHCR

Als Reaktion auf die Abschaffung des Botschaftsasyls beschloss der Bundesrat 2013, dass sich die Schweiz regelmässig am Resettlement-Programm des UNO-Flüchtlingshochkommissariats (UNHCR) beteiligen wird. Jährlich sollte die Schweiz eine bestimmte Anzahl von Personen aufnehmen, die vom UNHCR als Flüchtlinge anerkannt wurden und unter prekären Bedingungen in Lagern ausserhalb der EU leben. Alle zwei Jahre werden dazu die Kontingente festgelegt; ab 2015 sollten dies etwa 800 Personen pro Jahr sein. Die Zahl der tatsächlich aufgenommenen Personen entwickelte sich jedoch auf wenig nachvollziehbare Weise. Die plausibelste Erklärung dafür ist, dass sie jeweils an die aktuelle politische Lage angepasst wurde. Seit Beginn ihrer Teilnahme am Resettlement-Programm hat die Schweiz laut UNHCR rund 4000 Personen aufgenommen. Das entspricht einem Durchschnitt von 360 pro Jahr.

«Wenn es so weitergeht wie in den letzten Jahren, ist alles andere als garantiert, dass diese Personen tatsächlich in der Schweiz ankommen.»

Als Vorsteherin des EJPDs hatte Karin Keller-Sutter die Teilnahme der Schweiz an dem Programm ausgesetzt. Wo Elisabeth Baume-Schneider anschliessend noch scheiterte, hatte Beat Jans nun Erfolg: Er hat die Teilnahme der Schweiz an dem Programm wieder aufgenommen und verlängert, wie der Bundesrat am 30. April 2025 in einer Medienmitteilung bekannt gab. Die «Weltwoche» schrieb natürlich sofort einen Skandal herbei: Die aufgenommenen Personen würden den «sozialen und therapeutischen Schweizer Staat» besonders stark belasten. Dank Jans' «Erfolg» könnten 2025 bis zu 45 Personen aufgenommen werden. In Zukunft sollen es 400 pro Jahr sein. Das entspricht der Hälfte der ursprünglich vorgesehenen Zahl.

Wenn es so weitergeht wie in den letzten Jahren, ist alles andere als garantiert, dass diese Personen tatsächlich in der Schweiz ankommen. Sicher gibt das Programm aber einen Vorgeschmack darauf, wie sich eine freiwillige Schweizer Beteiligung am sogenannten Solidaritätsmechanismus des EU-Asylpakts gestalten würde (siehe S. 4–5): als Variable der Anpassung an die öffentliche Debatte. Dass dabei besonders schutzbedürftige Menschenleben auf dem Spiel stehen, scheint zweitrangig zu sein.

(Sg)

Die verlogenen Argumente hinter der 10-Millionen-Initiative

Die SVP will mit ihrer Initiative zur 10-Millionen-Schweiz die Personenfreizügigkeit künden. Jetzt sagt ein ETH-Arbeitsmarktexperte, was das für die Wirtschaft bedeuten würde.

Manchmal reicht eine einzige Frage, um Klarheit zu schaffen: «Wer würde denn profitieren, wenn die Schweiz die 10-Millionen-Initiative der SVP annehmen würde?»

So gestellt hat sie Fabio Canetg, Moderator des Wirtschaftspodcasts «Geldcast», in seiner Sendung mit dem ETH-Arbeitsmarktexperten Michael Siegenthaler vom letzten Herbst. In einem Podcast notabene, der nicht gerade glänzt mit linker Kapitalismuskritik: Zuletzt durften etwa Ex-Credit-Suisse-CEO Oswald Grübel und UBS-Geschäftsleitungsmitglied Markus Ronner im «Geldcast» gegen höhere Eigenkapitalregeln lobbyieren.

Und auch Siegenthaler fiel nie als linker Scharfmacher auf. Trotzdem antwortet er auf die Frage zur 10-Millionen-Initiative so kurz wie klar: «Es könnte durchaus sein, dass wir alle verlieren würden.» Und das wäre ein riesiges Problem, denn: Wenn alle verlieren, gibt es keine Gewinnerinnen, die die Verlierer entschädigen können – was sonst zumindest theoretisch möglich ist.

Es droht ein Japan-Szenario

Siegenthaler ergänzt seine Antwort mit dem Hinweis auf die Schweizer Stagnationsphase nach dem Nein zum EWR-Beitritt von 1992. Eine Zeit, in der die Schweiz während fast eines halben Jahrzehnts nicht mehr gewachsen ist. Könnte Ähnliches auch bei einem Ja zur 10-Millionen-Initiative geschehen?

«Vielleicht hätten wir ein bisschen mehr Wachstum pro Kopf», sagt Siegenthaler, «doch irgendwann würden uns die Arbeitskräfte ausgehen.» Zudem würden die Firmen wahrscheinlich «zu grossen Teilen» abwandern – auch die produktiven. Siegenthaler nennt das eine «Japan-Ökonomie». In Japan ist die Wirtschaft seit 2010 real um nur rund 10 Prozent gewachsen. Zum Vergleich: In der Schweiz ist das Bruttoinlandsprodukt in derselben Zeit um beinahe 30 Prozent gestiegen.

Das ist auch wegen der vergleichsweise hohen Zuwanderung in die Schweiz so. Der Nutzen der Zuwanderung allerdings sei nicht sehr offensichtlich, so Siegenthaler: «Die Tatsache, dass ein Unternehmen nicht ins Ausland ging, weil es EU-Arbeitskräfte anstellen konnte: Das ist nicht etwas, was die Leute mit der Personenfreizügigkeit verbinden.»

Das politische Kalkül der SVP geht auf

Die Kosten wären dagegen viel offensichtlicher: «Es gibt mehr Leute, wir haben unter Umständen tatsächlich auch höhere Wohnungspreise wegen der Zuwanderung, etwas mehr Stau, die Infrastruktur kommt nicht mit – das ist alles sehr wahrnehmbar», so Siegenthaler. Die Wahrnehmung der Zuwanderung würde aber auch politisch instrumentalisiert. «Die Arbeitsmarkteffekte der Zuwanderung sind sekundär, wenn es um die Wahrnehmung der Zuwanderung geht. Viel wichtiger sind gefühlte oder auch bespielte Ängste der Bevölkerung».

> «Die Bevölkerung der Schweiz profitiert aus ökonomischer Sicht von der Zuwanderung. Trotzdem wird sie von der SVP schlechtgeredet – aus politischem Kalkül.»

Das heisst: Die Bevölkerung der Schweiz profitiert aus ökonomischer Sicht von der Zuwanderung. Trotzdem wird sie von der SVP schlechtgeredet – aus politischem Kalkül. Das Bonmot von Ex-US-Präsident Bill Clinton («It's the economy, stupid!») gilt für die Rechtspopulisten offenbar nicht mehr.

Die neue Identitätspolitik von rechts

Zu einem ähnlichen Fazit kommen auch Canetg und Siegenthaler im «Geldcast». Moderator: «Bedeutet das, dass die Leute gegen Einwanderung sind, obwohl sie ihnen wirtschaftlich hilft?» Siegenthaler: «Das ist so.» – Wer hätte das gedacht?

Andrea Karnouk

Das Lagersystem in Zürich

Orte der Isolation sichtbar machen

Das Bündnis «Wo Unrecht zu Recht wird» ist 2017 aus Protesten gegen die Eingrenzungspolitik des Zürcher Regierungsrats Mario Fehr hervorgegangen und organisiert regelmässig Besuche in verschiedenen Notunterkünften. Im letzten Jahr hat es eine Karte über das Nothilfe- und Lagersystem veröffentlicht, auf der der Kanton Zürich gänzlich leergefegt ist: Umgeben von einer historischen topographischen Karte erscheint er ganz in weiss. Sichtbar sind einzig die Bezirks- und Gemeindegrenzen sowie insgesamt 16 über den ganzen Kanton verteilte gelbe und schwarze Punkte. Während die dünnen Gemeindegrenzen aufzeigen, auf welch engen Raum die Bewegungsfreiheit von abgewiesenen Asylsuchenden in der Nothilfe zum Teil eingeschränkt wird, markieren die Punkte fünf Bundesasylzentren (BAZ), fünf Durchgangszentren, die vier von den Behörden euphemistisch «Rückkehrzentren» genannten Nothilfelager sowie die zwei Ausschaffungsgefängnisse des Kantons.

Kurze Info-Boxen geben Auskunft über die Lage und die Lebensbedingungen in den vom Kanton genutzten Baracken- und Container-Siedlungen, in den Bunkern und umfunktionierten Kasernen. Sie zeugen von Isolation, beengten Platzverhältnissen, baufälliger Infrastruktur, fehlenden Einkaufsmöglichkeiten und schlechter Verkehrsanbindung, fehlendem Licht und schlechter Luft, mangelndem Zugang zu ärztlicher Versorgung, fehlenden Rückzugsmöglichkeiten und ungeniessbarem Essen.

Sichtbar und erfahrbar wird so eine zielgerichtete Politik der Internierung, durch die die Behörden einerseits stets Zugriff auf die dort untergebrachten Geflüchteten haben, diese gleichzeitig aber auch so stark zu zermürben versuchen, dass sie aufgeben und das Land freiwillig verlassen.

Die lesenswerte Karte kann unter www.wo-unrecht-zu-recht-wird.ch/images/content/kartecamps.pdf heruntergeladen werden und ist auch gedruckt erhältlich.

(Sn)

IMPRESSUM

BULLETIN

SOLIDARITÉ SANS FRONTIÈRES

erscheint viermal jährlich

ISSN 2673-768X

Auflage dieser Ausgabe
2500 deutsch / 700 französisch

Beglaubigte Auflage WEMF
2059 deutsch / 521 französisch

Gestaltung und Satz
Graziella Bärtsch und Moana Bischof

Druck und Versand
selva caro druck ag, Flims Waldhaus

Redaktion
Sophie Guignard (Sg), Simon Noori (Sn), Peter Frei (Pf)

Übersetzungen
Sosf

Lektorat
Sosf

Fotos
Standbilder aus Nicole Vögeles Film «The Landscape and the Fury»

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe
11. Juli 2025
Wir behalten uns vor, Leser:innenbriefe zu kürzen.

Mitgliederbeitrag 2025 inkl. Abo:
Verdienende Fr. 70.– / Paare Fr. 100.– / Nichtverdienende Fr. 30.– / Organisationen Fr. 120.–

Abo
Einzelpersonen Fr. 30.– / Organisationen Fr. 50.–

Herausgeberin
Solidarité sans frontières
Schwanengasse 9
3011 Bern
(Zusammenschluss AKS/BODS)

Telefon 031 311 07 70
sekretariat@sosf.ch
www.sosf.ch

PC-Konto 30-13574-6
IBAN CH03 0900 0000 3001 3574 6
BIC POFICHBEXXX

Nicole Vögele, Regisseurin

«Was ist eine Grenze?»

«Was ist eine Grenze? Nehmen Sie sich einen Moment Zeit, um darüber zu meditieren.» Mit dieser Aufforderung wendet sich Nicole Vögele an ihr Publikum bei Festivals, auf denen sie ihren Film «The Landscape and the Fury» präsentiert. Die Aufforderung verbindet auch ihre drei Berufe: Künstlerin, aber auch Journalistin und Professorin. Nicole Vögele erzählt, um zum Nachdenken anzuregen.

Nicole Vögele war die erste Journalistin, die Pushbacks an der Grenze zwischen Bosnien und Herzegowina und Kroatien gefilmt hat. Ihre Videos, auf denen deutlich zu sehen ist, wie Grenzpolizisten Asylsuchende verprügeln, gingen um die Welt.

«Nicole Vögele war die erste Journalistin, die Pushbacks an der Grenze zwischen Bosnien und Herzegowina und Kroatien gefilmt hat. Ihre Videos, auf denen deutlich zu sehen ist, wie Grenzpolizisten Asylsuchende verprügeln, gingen um die Welt.»

Sie kam eher zufällig zu diesem Thema. Nach einigen Festivalpartys für ihren damals aktuellen Film hatte sie das Prosecco-Trinken irgendwann satt. Sie wollte mit ihrer Schwester in den Urlaub fahren, als sie eine E-Mail von einem Freund erhielt, der aus Sarajevo von einer NGO berichtete, die Unterstützung brauchte. Sie entschloss sich kurzerhand, einige Monate dort mitanzupacken. Von den Pushbacks wusste man damals noch wenig. Sie wurden nur von den Geflüchteten geschildert, an die Nicole trockene Socken und warme Schlafsäcke verteilte. Da offizielle Beweise fehlten, beschloss die ausgebildete Journalistin, an die Orte des Geschehens zu fahren, um zu recherchieren und zu dokumentieren.

Nicole verbrachte daraufhin während drei Jahren immer wieder ganze Monate an diesen Grenzen, führte lange Gespräche mit den Menschen, die sich durch diese Landschaft bewegten, aber auch mit den Menschen, die in der Region leben. Sie beobachtete die illegalen Machenschaften der Polizei und hielt diese fest. Ihre investigativen Recherchen deckten nach und nach alle Facetten der brutalen Gewalt an unseren Aussengrenzen auf.

Trotzdem hatte sie noch nicht alles erzählt. Zum Beispiel kamen bosnische Menschen in den Reportagen kaum vor. Die Geschichte – die spezielle Vergangenheit dieser

ANZEIGEN

324 Stunden Care-Arbeit
0 Kompensation
1 Wut im Bauch
1 WOZ-Abo

Dein Leben wird politischer.
Dein Anspruch an eine gute Zeitung bleibt.

WOZ – eine Zeitung fürs Leben.
Jetzt abonnieren.
woz.ch/abo

WOZ

wir drucken Klimaneutral

für den wald.

umweltbewusster druck und klimaschutz ist uns ein anliegen.
ihr produkt wird bei uns klimaneutral gedruckt und
auf wunsch mit dem label von climatepartner versehen.
so engagieren auch sie sich für nachhaltigkeit und klimaschutz.

selva caro druck
die kleine druckerei inmitten der natur

rudi dadens 6 7018 flims t 081 911 22 55 mail@selvacaro.ch www.selvacaro.ch

Landschaft – wird selten erwähnt, wenn über die aktuellen Geschehnisse berichtet wird. Und Emotionen haben in investigativen Reportagen sowieso keinen Platz. Nicoles neuer Film füllt diese Lücken. Und stellt neue Fragen.

Der Film lief bereits auf zahlreichen Festivals, auch ausserhalb Europas. Nicole Vögele glaubt, dass Filme immer schlauer sind als ihre Regisseur:innen. Durch «The Landscape and the Fury» wurde ihr zum Beispiel klar, wie universell die Frage nach der Bedeutung von «Grenzen» ist. Und wie sehr die Antwort, die logisch und offensichtlich erscheinen mag, nur noch mehr verdeutlicht, dass es keine inhärente Logik gibt, wenn man Striche auf eine Landkarte zeichnet. Der Film ermöglicht es, durch Emotionen zu verstehen, was die Grenze mit den Menschen macht, die sie überqueren oder mit ihr leben.

Ein Fixpunkt wird für sie immer die Frage sein, was es bedeutet, ein Mensch zu sein. Im Zentrum stehen also stets auch die Menschenrechte. Aufzuzeigen, wenn diese nicht eingehalten werden, ist eine wichtige Arbeit. «Es ist erstaunlich, dass Filmemacherinnen oder Journalistinnen, die das tun, manchmal als aktivistisch ‹beschimpft› werden. In dem Moment, in dem ich zeige, was ich mit meinen Augen gesehen, mit meiner Kamera aufgenommen und mit meinen Werkzeugen verifiziert habe, ist das die Ausgewogenheit, die ich brauche. Allerdings bin ich mir nicht sicher, ob ich weiterhin Interesse daran hätte, ‹ausgewogenen› Journalismus zu betreiben, wenn wir Menschenrechte anfangen abzuschaffen. Klar zu zeigen, wann diese Rechte mit Füssen getreten werden, ist notwendig, um sicherzustellen, dass dies nicht geschieht.»

(Sg)

Agenda

Feministischer Streik

14. JUNI 2025

In der Stadt, auf dem Land, auf der Arbeit, überall!
Weitere Infos: www.14juni.ch

Kino in der Reitschule

6. JUNI 2025, 20 UHR – PARASITE
7. JUNI 2025, 20 UHR – DISTRICT 9
21. JUNI, 21 UHR – THE DAY SHALL COME
NEUBRÜCKSTRASSE 12, BERN

Die Filmreihe «Politik, Paranoia & Popcorn» wirft einen satirischen, dystopischen und manchmal bitterernsten Blick auf die Mechanismen der Macht. Mehr Infos (und Filme) auf kino.reitschule.ch

Asyl und Migration in Zeiten der autoritären Wende

13. JUNI 2025, 18:30 UHR
KULTURHAUS HELFEREI, KIRCHGASSE 13, ZÜRICH

Politischer Abendgottesdienst zu den aktuellen Verschärfungen des EU-Asylrechts und ihren Folgen für die Schweiz. Mit Simon Noori (Sosf).

5. Session des Schweizer Flüchtlingsparlaments

21. JUNI 2025, 9:30 – 17:15 UHR
RATHAUS, RATHAUSPLATZ 2, BERN

Thema der diesjährigen Session: Partizipation und Inklusion statt Sündenbockpolitik. Weitere Infos: flüchtlingsparlament-schweiz.ch

Kongress der Asyl- und Migrationsbewegung

28. UND 29. NOVEMBER 2025, PROGR, BERN

Wenn Sie Interesse haben, an der Vorbereitung des Kongresses mitzuwirken, schreiben Sie uns an: sekretariat@sosf.ch

ISSN 2673-768X